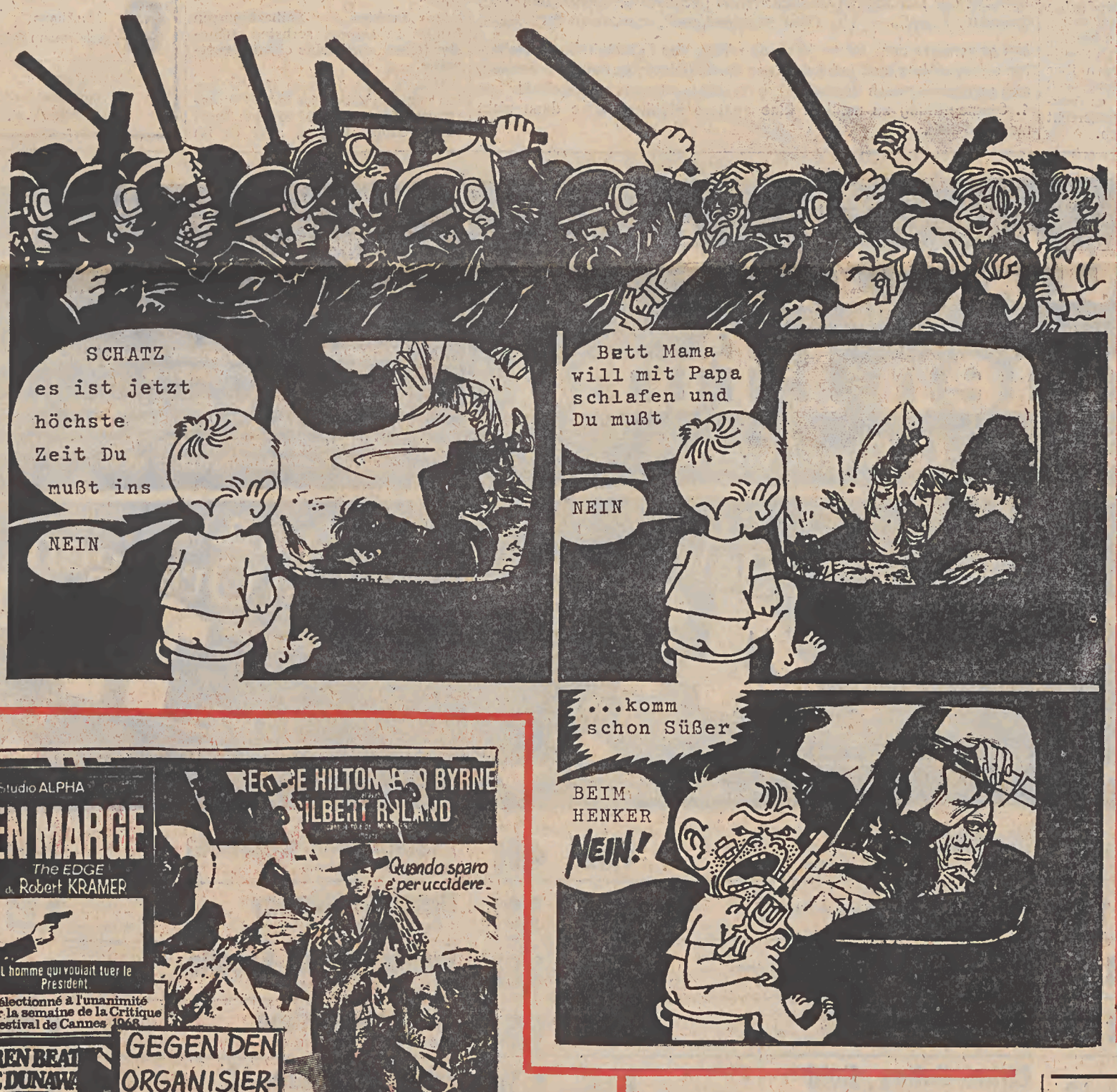
Extrablatt: Rektor Biedenkopf holt die Polizei

Nr. 35 19. Dezember 1968 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen



Durst löscht man mit Schlegel

Kampagne zur Demokratisierung an anderen Universitäten (Frankfurt)

Soziologiestudenten nehmen Lehrbetrieb in die eigene Hand

Am Dienstag letzter Woche haben die Soziologiestudenten an der Philosophischen Fakultät der Frankfurter Universität den Forschungs- und Lehrbetrieb in die eigene Hand genommen. Vorlesungen, Seminare und Übungen von Professoren werden boykottiert. In einer Erklärung legten die Studenten den Professoren drei Mindestforderungen als Verhandlungsbasis vor.

1. **Anerkennung der neuen Arbeitsgruppen bis zum Abschluß einer neuen Satzung als ordentliches Studium, Aussetzung des Vordiploms.**
2. **Verzicht auf ihre Ordinarien-Privilegien bei formaler Weiterverwaltung der Lehrstühle, wobei ein künftiges Entscheidungsgremium zumindest halbparitätisch besetzt sein werde.**
3. **Anerkennung eines rein studentischen Arbeitsbereiches, dem mindestens 30 Prozent des Seminarhaushaltes zur Verfügung stehen müssen.**

wywizs
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19 · Ruf 61423

Zum endgültigen Bruch zwischen den Soziologie-Studenten und den Professoren Adorno und Habermas kam es in einer Vollversammlung am Freitagabend. **Die Vollversammlung beschloß einen Streik und die Einrichtung von Arbeitskreisen zur Ausarbeitung einer neuen Studienordnung, ähnlich, wie sie am Otto-Suhr-Institut in Berlin besteht.**

Professor Habermas erklärte, er sei zwar einig mit den Studenten in ihren Forderungen, halte jedoch einen Streik für sinnlos. Man könne keine Regelungen für einzelne Institute und Seminare neuen Gesamtregelungen für die Universität vorwegnehmen. Die Studenten warfen ihm daraufhin „liberale und pseudo-linke Einstellung" vor, die nur dazu führe, die bestehenden autoritären Strukturen zu festigen. Für sie galt der Satz, der mit roter Ölfarbe an der Wand des Hörsaals prangte: „Wartet nicht auf Veränderungen an der Universität — macht sie selbst."

Der Kritik an der Haltung von Habermas wurde in der darauffolgenden Nacht ebenfalls mit roter Ölfarbe sichtbarer Ausdruck verliehen. An den Außenwänden des Instituts für Sozialforschung war am nächsten Morgen zu lesen: „Bürgerliche Kritik am proletarischen Kampf ist eine logische Unmöglichkeit (Horkheimer)."

Erziehungswissenschaftler beschließen Streik

Im Laufe der Woche solidarisierte sich fast die gesamte Philosophische Fakultät (Germanisten, Romanisten, Anglisten und Slawisten) mit dem aktiven Streik.

Unmittelbarer Anlaß der Streikbewegung war ein Boykott aller Lehrveranstaltungen, den eine Vollversammlung der Studenten der Abteilung für Erziehungswissenschaft (AfE) beschlossen hatte, um gegen die von Kultusminister Schütte konzipierte technokratische Hochschulreform (Verkürzung des Lehrerstudiums auf 6 Semester) zu protestieren. Der Rat der AfE, dem alle Professoren angehören, unterstützt die Argumente der zukünftigen Lehrer: „Die Forderungen der Studenten nach gründlicherer Ausbildung und Verlängerung ihres Studiums ist ein Zeichen von großer Verantwortung gegenüber ihren späteren Schülern." (Professor Rauschenberger.) Bei einem Teach-in in der Aula der Ernst-Reuter-Schule unterstützte das gesamte Lehrerkollegium die Aktionen und Forderungen der streikenden Studenten an der Abteilung für Erziehungswissenschaft.

Juristen strengen Musterprozeß an

Das Vorbild der AfE-Studenten ermunterte auch die Jurastudenten, mit Warnstreiks auf die schlechte finanzielle Ausstattung ihres Seminars zu reagieren und gegen ihre eigene Fakultät einen Musterprozeß anzustrengen, weil diese es versäumt habe, sie examensgerecht auszubilden und zu prüfen.

Gleichzeitig beschlossen sie, auch weiterhin die Aufsicht in den Bibliotheken der Juristischen Fakultät nicht mehr zu übernehmen, so daß diese, wie bereits seit Mittwoch, täglich um 17.30 Uhr schließen mußte.

Die Jurastudenten haben in ihrem Teach-in am Donnerstag davon abgesehen, in einen Streik zu treten.

Sie fordern jedoch zusätzlich zu besseren Arbeitsbedingungen ein Drittel der Haushaltsgelder in ihrer Fakultät für studentische Forschungsaufgaben. **Sollte dieser Wunsch nicht registriert werden, so sei mit der Besetzung des Instituts zu rechnen.**

Pfeifenmodell 54
aus dem Hause OLDENKOTT

Zwangsexmatrikulation im nächsten Semester?

Novelle zum Lehrerausbildungsgesetz sieht Studienzeitbeschränkung vor

Der Staatssekretär im Kultusministerium von NRW, Prof. Herzberg, erklärte auf einer Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 14. Dezember 1968 in Münster, im nächsten Jahr werde eine Studienzeitbeschränkung für Philologen eingeführt.

Das Kultusministerium hat dem Landtag eine Novelle zum Lehrerausbildungsgesetz vorgelegt. Kernstück dieser Novelle ist die Bestimmung, daß die Befähigung für ein Lehramt erworben wird durch Bestehen der beiden vorgeschriebenen Staatsprüfungen. Die Befähigung für weitere Lehrämter wird dann durch Bestehen einer Zusatzprüfung erworben, der ein Kurzstudium vorausgeht. In der Praxis bedeutet das: 6 Semester PH + 1 Jahr Vorbereitungsdienst = Lehrbefähigung für Grund- und Hauptschule + 4 Semester Unistudium + 1,5 Semester Examen = Lehrbefähigung für Gymnasium. Auf diesem Weg wäre die Lehrbefähigung für das Gymnasium in 6,75 Jahren zu erreichen. Demgegenüber benötigt der Durchschnittsstudent heute 13 Semester Unistudium + 1,5 Semester Examen + 1½ Jahre Referendarzeit, zusammen 8,75 Jahre.

Um gegenüber dem neuen Weg den Weg des Direktstudiums weiterhin offenzuhalten, soll jeder Student der Philologie gezwungen werden, sich unmittelbar nach Ableistung der vorgeschriebenen 8 Semester zur 1. Staatsprüfung zu melden. Eine spätere Meldung wäre dann nicht mehr möglich.

RUB-Sport im Abseits?

4 % der Studenten treiben Ausgleichssport

Während im SS 67 für 4259 Studierende 44 Übungsstunden angeboten wurden, waren es im WS 68/69 für 7916 Studierende 28! Die Ergebnisse der Bochumer Wettkampfsportler sehen wie folgt aus:

● **Die Basketballer tragen in der deutschen Hochschulmeisterschaft nach Spielen gegen die TH Aachen (45:71), Uni Marburg (33:70), Uni Köln (66:100) und Uni Bonn (58:66) mit 0:8 Punkten und 202:307 Körben die rote Laterne in ihrer Vorrundengruppe.**

● **Die Hallenhandballer schieden in der Zwischenrunde mit 8:13 gegen TH Darmstadt, 15:9 gegen Uni Mannheim, 6:9 gegen TH Aachen aus dem weiteren Wettbewerb aus.**

● **Die Volleyballer erreichten im Vorrundenturnier mit TH Aachen, Uni Köln und Uni Bonn 0:6 Punkte bei 0:9 Sätzen.**

Allein die Fußballer besetzten mit 5:3 Punkten und 8:9 Toren (bei TH Aachen 4:2, bei Uni Marburg 2:6, gegen Uni Köln 1:1, gegen Uni Bonn 1:0) einen guten Mittelplatz in ihrer Gruppe — wahrscheinlich aus der Lage der RUB in den fußballerisch günstigen Breiten des Ruhrgebietes zu erklären.

In anderen Sportarten finden sich beinahe nur zufällig Teilnehmer an DHM, die dann sogar — jedoch an der Universität nicht bekanntwerdende — Erfolge erringen, so der Sprinter Kuhl, der Fechter Blase, der Judoka Bernsmann, die Schwimmerin Karger, die Ruderschwestern Flintsch und die Fünfkampfmannschaft der Leichtathleten. Niemand wird heute die Werbewirksamkeit des Spitzensports leugnen, und ebenso ist einem gesunden Breitensport eine leistungsfördernde Wirkung nicht abzusprechen — an der RUB kennt man diese Verflechtungen nicht. Der DSB propagiert:

Allen eine Chance zum Sport!
Jedem seine Chance zum Sport!

Doch:
Das Institut für Leibesübungen besitzt in seinem sechsten Semester immer noch keine eigene Sportstätte.

Während an anderen Universitäten vom Sozialbeitrag jedes Studierenden bis zu 3,60 DM für den Sport aufgewendet werden, sind es im AStA-Haushalt der RUB 0,25 DM als ADH-Beitrag und sechs Pfennig für Sportveranstaltungen.

Das Fazit zieht man schnell: An Deutschlands Universitäten treibt ca. ⅓ der Studentenschaft Ausgleichssport, **an der Ruhr-Universität sind es nicht einmal 300 Studierende.**

Die Studentenschaft steht an einem Scheidewege:

Entweder sie integriert den Studentensport als Bestandteil des allgemeinen Volkssports voll in den universitären Bereich — oder sie läßt ihren Sport in seiner Provinzialität sterben und sucht sich äquivalente Kriterien. Dabei gibt eine apokalyptische Vision eines Mediziners allerdings zu denken: Aufgrund der jetzigen Verhältnisse, dargestellt in Presse und Film, kann der Mensch des 21. Jahrhunderts nur so aussehen: **spindeldürre Extremitäten balancieren einen übergroßen Kopf und überdimensionale Geschlechtsorgane ...**

Reinhold van Deest, Sportreferent

Contacta Institut
Heinen-Brillen - Bochum
Kortumstraße 45 - I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
Müller-Welt kleinst Contact-Linsen bewährt und weltbekannt

Das Druckhaus
für
anspruchsvolle Kunden
SK DRUCK
Druckhaus
Schürmann & Klagges
Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 6 47 46-48

"Unser guter Ruf ist uns ½ Millionen Pfund Qualitäts-Geflügel wert."

Soviel und kein Gramm weniger haben wir für das Weihnachtsfest eingekauft. Weil wir wissen, daß Hunderttausende von Familien ihren Festbraten Jahr für Jahr nur im KONSUM kaufen.

Das kommt nicht von ungefähr, denn seit Jahren haben wir uns Ihr Vertrauen durch beispielhafte Leistungen erworben.

Beispielhaft war immer unsere Qualität, unsere große Menge und unser günstiger Preis.

In diesem Jahr wird sich daran nichts ändern. Den Beweis finden Sie in allen KONSUM-Läden und CO-OP Centern: Qualitäts-Geflügel zum günstigen Tagespreis. Und genug, um jeden Festbraten-Wunsch zu erfüllen.

Ostsee-Blank-Aal rosa-zartes Fleisch, herzhaft geräuchert 100g 1.98 (1.93) Nach Abzug von 3% Rückvergütung für Mitglieder

Marken-Sekt Söhnlein brillant, Rüttgers Club, Jagdschloß, weiß und rosé je 1/1 Fl. incl. Steuer 4.95 (4.81) Nach Abzug von 3% Rückvergütung für Mitglieder

Span. Navel Orangen neue Ernte, saftig, süß 2-kg-Btl. 1.84 (1.79) Nach Abzug von 3% Rückvergütung für Mitglieder

Cabana-Bananen Qualitätsware	500 g	-,39	-,38
Narzissen	5 Stück	1,75	1,70
Rouladen von abgehangenen Hintervierteln	500 g	4,48	4,35
Cervelatwurst Ia Spitzenqualität	100 g	1,10	1,07
Delikateß-Rollschinken für höchste Ansprüche	100 g	1,18	1,15
Franz. Camembert „Capriole"	240-g-Schachtel	1,78	1,73
Milkana-Käse delikater, saftiger Aufschnitt	160-g-Beutel	1,38	1,34
TIKO - Feine Gemüse-Beilage erntefrisch eingefroren	300-g-Packung	1,48	1,44
WEAG-Erdbeeren tiefgefroren, fruchtig-frisch	300-g-Packung	1,78	1,73
Christstollen mit Butter gebacken, saftig, köstlich	750 g	4,95	4,81
Tortenböden mürbe und locker aus der eigenen Konditorei	Stück	1,35	1,31
Wiener Böden aus feinsten Zutaten goldbraun und locker	Stück	2,95	2,87
Käse-Sahne-Torte aus frischem Sahnequark, mit Kirschen	kleine Torte	5,75	5,58
Cirkel-Kaffee „Gold" täglich röstfrisch	500-g-Paket	6,95	6,75
GEG-Steinhäger 40 Vol. %, männlich, herzhaft	1/1 Flasche	6,95	6,75
GEG-Eiskorn 38 Vol. %, doppelter Weizenbrand	1/1 Flasche	6,95	6,75
Weinbrand „Antik" bietet höchsten Genuß	1/1 Flasche	9,95	9,66
Whisky „Prinz Philipp" 43 Vol. %, dezent rauchig im Geschmack	1/1 Flasche	7,95	7,72
Edenkobener Weißwein 1967er, für die Festbowle	1-Liter-Flasche o. Gl.	1,98	1,93
Graacher Münzlay 1966er, Spätlese von der Mosel	1/1 Flasche	3,95	3,84
Binger Rochus-Kapelle 1967er, Spätlese vom Rhein	1/1 Flasche	4,95	4,81
Wolfer Goldgrube 1966er, Auslese von der Mosel	1/1 Flasche	5,25	5,10
Franz. Burgunder AC „Beaujolais", rubinrot, samtig mild	1/1 Flasche	2,48	2,41
UNION-Pils das süffig-vollmundige Bier	10er-Packung	5,35	5,19
Brathappen pikant eingelegt, sehr herzhaft	340-g-Glas	1,78	1,73
Rollmops und Bismarckheringe in Essig, ausgesuchte Qualität	je 300-g-Eimer	1,78	1,73
Rollmops in Milchnertunke	250-g-Eimer	1,78	1,73

Diogenes-Liköre 30 Vol. % Jägerlikör, Halb und Halb, Cherry-Brandy, Pfefferminzlikör, Kirsch-Whisky 25 Vol. % je 1/1 Fl. 6.25 (6.07) Nach Abzug von 3% Rückvergütung für Mitglieder

Keine Umwege gleich in den... KONSUM
KONSUMGENOSSENSCHAFT DORTMUND-HAMM-BOCHUM

EXTRABLATT: Polizeieinsatz

300 Bereitschaftspolizisten sollten vorgestern abend die Ordinarien-Universität vor studentischer Selbstorganisation schützen

Diszipliniert, die Reihen fest geschlossen, wälzte sich die Hardenberg-Armee gegen 21.30 Uhr, mit Tschakos, Knüppel und Sturmriemen ausstaffiert, in den 6. Stock des B-Gebäudes. Rektor Biedenkopf und Kanzler Seel hatten am Nachmittag um Räumung des von Studenten besetzten Dekanats der Sozialwissenschaftlichen Abteilung gebeten.

Das Studentenparlament, das zur gleichen Zeit im Hörsaal A II tagte, brach seine Sitzung dort sofort ab, als die Nachricht vom Polizeieinsatz kam. Über die noch unbesetzten Treppen im Südkern des B-Gebäudes eilten die Parlamentarier sämtlicher Fraktionen den bedrohten Kommilitonen zu Hilfe. Noch ehe die Polizei das oberste Stockwerk erreichte, hatte das SP im Hörsaal B 6/48 seine Arbeit aufgenommen und den streikenden, d. h. in selbstorganisierten Lehrveranstaltungen arbeitenden Kommilitonen der Abteilung VIII, Zuflucht geboten. Schutzpolizeidirektor Otto konnte sogar mit studentischer Billigung den Hörsaal betreten: Das SP hatte gerade den Beschluß gefaßt, auch uniformierte Gäste zuzulassen. Allerdings wurde er gebeten, sich vorzustellen und ohne Megaphon zu sprechen, die Rednerliste zu beachten, im übrigen aber mit seinen Beamten an der Parlamentsarbeit teilzunehmen.

Die Polizei sah indes nur Täter. Dreimal forderte der Einsatzleiter, seines Auftrags ungewiß, zur Räumung des Saales auf. Es sei ihm „ganz klar", daß er denselben Leuten gegenüberstehe, die am Nachmittag das Dekanat besetzt hätten. Als den Polizisten erklärt wurde, das Dekanat stehe leer, auf Hörsäle könne sich ihr Räumungsauftrag schwerlich beziehen, entschlossen sich die drei Hundertschaften zum Rückzug.

Allein der Umsicht der Sozialwissenschaftler und der Konfrontation mit einer für Polizisten ungewohnt zivilen Parlamentsatmosphäre ist es zu danken, daß die Polizeiaktion unblutig verlief. Rektor Biedenkopf hatte, wie er selbst eingestand, sich aller Einflußmöglichkeiten während des Polizeieinsatzes begeben. Er war während des Polizeieinsatzes nicht anwesend, hatte auch keinen Versuch unternommen, die Studenten vorher über die geplante Räumung durch die Polizei zu informieren, denn: „Wenn ich vorher gesagt hätte, die Polizei kommt, dann hätte ich damit für 500 Studenten in den Räumen der Abteilung gesorgt."

Seine Entscheidung beruhte, wie er unmittelbar nach dem Polizeieinsatz dem Studentenparlament erklärte, allein darauf, daß Studenten ihre Lehrveranstaltungen in Diensträumen abhielten, wobei ein Fenster (die Tür war über Nacht versperrt worden) zum Dekanatsraum aufgedrückt worden sei.

Diesen Tatbestand suchte der Rektor zu kriminalisieren, um der rationalen Diskussion über die Notwendigkeit studentischer Reforminitiative angesichts des konservativen Immobilismus in den Entscheidungsgremien der Abteilung VIII ausweichen zu können. Eine besondere Pikanterie stellt es dar, daß Dekan Papalekas Studenten erklärte, der Rektor habe die Fakultät nicht befugt, satzungsändernde Entscheidungen zu treffen. Im Gegenteil habe er erklärt, jede solche Reform-Initiative wolle er für null und nichtig erklären. Dagegen behauptete Rektor Biedenkopf vor dem Studentenparlament, er habe die Abteilung zu satzungsändernden Reformen ermuntert.

Tatsache ist, daß der Rektor die Polizei rief, als die Studenten in Selbstorganisation Hochschulreform zu praktizieren begannen. Seine Behauptung, er habe nichts gegen die Abhaltung kritischer Seminare, er wolle sogar Räume zur Verfügung stellen, geriet durch die Information von Assistentenseite ins Zwielicht, die Verwaltung habe unter Drohungen die wissenschaftlichen Angestellten zum Abschließen ihrer Räume bewegen wollen. Das Zimmer eines Professors sei ohne dessen Wissen und Willen über Nacht verschlossen worden.

Ein gebrochener Fensterbügel wird schwerlich als Alibi herhalten können, wenn es um die Entscheidungsfrage über die Praktizierung notwendiger Reformen geht. Freilich, der Rektor hat logisch gehandelt. Logisch im Sinne der Ordinarienuniversität, die sich gegen jede demokratische Veränderung sträubt. Seine Frage: „Wie hätten Sie denn an meiner Stelle gehandelt?" ist aus systemkonformer Sicht begründet. Bei Entscheidung für die Praktizierung demokratischer Veränderungen an der Universität hätte die Antwort nur so lauten können, wie Carla Boulboullé sie gab: „Ich wäre an Ihrer Stelle zurückgetreten."

Diesem Argument schloß sich das SP an und forderte Rektor Biedenkopf zum Rücktritt auf. Die Mehrheit von über 100 anwesenden Studenten war gegen Mitternacht nicht mehr bereit, die formale Diskussion mit dem Rektor als Versuch der Kanalisierung des Protestes und der Verschleierung eines nicht stattfindenden echten Dialoges weiterzuführen. Konkret zu bewältigende Arbeit wird es in nächster Zeit für die Sozialwissenschaftler genug geben.

Polizeipräsident Graf v. Hardenberg und Schutzpolizeidirektor Otto führen den staunenden Parlamentariern ihre Truppe vor.

Der Professoren-Freund u. -Helfer

In der sozialwissenschaftlichen Abteilung sehen wir uns heute einem Phänomen gegenüber, das sich auch in anderen Abteilungen wiederholen kann und wird. Der Konflikt, der hier offen zutage getreten ist, hat seine Wurzeln nicht nur in dem Widerspruch zwischen Anspruch und der Wirklichkeit universitätsinterner Demokratie, sondern in dem Widerspruch zwischen dem offiziellen Wissenschaftsbegriff (mit der aus diesem abgeleiteten gegenwärtigen Wissenschaftsorganisation) und einem neuen Wissenschaftsverständnis der Studenten, das eine andere Organisationsform als die etablierte verlangt.

Die Studenten der Sozialwissenschaft haben erfahren und erkannt, daß die an ihrem Institut betriebene Wissenschaft meint, Politik und Gesellschaft untersuchen zu können, ohne sich selbst dabei als politisch und gesellschaftlich begreifen zu müssen. In einem scheinbar geschichtslosen und aller Politik enthobenen Reservat (Universität) verzichtet diese Wissenschaft freiwillig auf Praxis, beschränkt sich auf Theorie (von deren ultrareaktionären Implikationen bei den Bochumer Carl-Schmitt-Schülern sei hier einmal abgesehen). Seinen verdinglichten Ausdruck findet dieser Wissenschaftsbegriff in der Institution des allen „Wirren des Alltags" enthobenen autonomen Ordinarius, der Inkarnation (abstrakter) Wissenschaftlichkeit. Die Studenten haben dem Ordinarienprinzip seine Grundlage entzogen, als sie dessen Wissenschaftsbegriff nicht mehr akzeptierten. Für die Studenten bleibt Wissenschaft so lange unwahr, als sie sich auf Erkenntnisproduktion im Seminar beschränkt und nicht auch daran geht, die so produzierte Erkenntnis in der Gesellschaft praktisch anzuwenden, d. h. die Praxis wissenschaftlich zu gestalten. Dieses politische Selbstverständnis der Wissenschaft zeitigt praktische Konsequenzen: sie wurden in der Besetzung und in der Einrichtung kritischer praxisbezogener Arbeitsgruppen manifest.

Der Rektor aber findet für das Eindringen in die „Diensträume" und ihre anschließende Benutzung als studentische Arbeitsräume kein anderes Wort als „rechtswidrig". Er unterstellt dabei, daß das bestehende „Recht", das offizielle Legalität definiert, auch als legitim anerkannt würde, wenn man es nach seinem Inhalt befragt. Er tut so, als stünde dieses „Recht" über dem Streit innerhalb der RUB, während es in Wirklichkeit das einzige ist, was im Augenblick die Machtstellung der Ordinarien noch stützt, die rational nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Ordinarien ziehen sich zur Verteidigung jetzt auf dieses „Recht" zurück, dessen Allgemeingültigkeit sie postulieren müssen, da sie in der rationalen Diskussion nichts mehr zu bieten haben.

Daher auch ihr Versuch, die Besetzung des Dekanats — völlig von ihrem politischen Inhalt getrennt — auf den bloßen Vorgang (sog. „Hausfriedensbruch") reduzieren zu wollen. Dabei maßt sich der von der kleinen radikalen (Professoren) Minderheit gewählte Rektor an, darüber allein zu entscheiden, was „Friedensbruch" (wessen Frieden?) in „seinem Haus" ist.

Diese „Argumentation" der Ordinarien ist der bewußte Versuch, der Diskussion über die Gründe, die zu der Besetzung führten, auszuweichen, indem nur nach dem „Was" und dem „Wie" nicht aber nach dem „Warum" gefragt wird. So soll der politische Inhalt ausgeklammert werden, soll die Reduktion auf Formales des Geschehens dieses auf primitive Weise kriminalisieren.

Der Rektor möchte „die Herren verantwortlich machen, die das Fenster aufgemacht haben", nicht aber die, die so lange die grundlegende Universitätsreform und damit die Emanzipation der Studenten verhindert und hinausgezögert haben, bis es zum offenen Konflikt kam, kommen mußte, weil die Studenten den letzten Glauben an die Gremien der RUB (speziell hier: Fakultät Abt. VIII und Senat, der nichts gegen diese unternahm) verloren hatten, weil ihnen endgültig klargeworden war, daß sie von diesen Professorenzirkeln kein Entgegenkommen erwarten konnten und daraus die Konsequenzen zogen und ihre Angelegenheiten — um die sich die Professoren einen Dreck scherten — selbsttätig zu lösen versuchten, die Gestaltung ihres Studiums in die eigenen Hände nahmen.

Jedem Studenten, der heute meint, das Vorgehen der Soziologiestudenten oder des AStA sei zu scharf, würde die Professoren nur verbittern etc., sei ins Gedächtnis gerufen, daß die Studentenvertreter der letzten fünf Jahre keine Schwachköpfe waren, daß auch sie schon den Professoren die Argumente entgegengehalten haben, die wir ihnen heute entgegenhalten, daß auch sie hart verhandelt haben und keine faulen „Kompromisse" eingehen wollten. Und was haben wir in den letzten fünf Jahren auf diese Weise erreicht? Jeder, der heute meint, man müsse sich erst einmal mit den Professoren an einen Tisch setzen und alles in Ruhe besprechen, der vergißt, daß wir schon seit fünf Jahren an diesem Tisch sitzen. Jeder, und das waren viele von uns, der mit dieser Ansicht in die Gremien eintrat, kam als „Radikaler" zurück, hatte die Hoffnungslosigkeit seiner Politik am eigenen Leibe erfahren — es sei denn, er hielte es für einen sagenhaften Erfolg, die studentischen Vertreter von eins auf zwei gegenüber zehn Ordinarien zu vermehren. (Der schweigt dann aber auch, wenn man ihn nach den für die Studenten positiven Auswirkungen dieses erhöhten Stimmenpotentials befragt.) Es ist eine Illusion, zu glauben, die Ordinarien davon verbal überzeugen zu können, gegen ihre Interessen zu handeln, d. h. auf ihre Privilegien zu verzichten.

Angesichts dieser Verhältnisse und deren Konsequenzen sieht der Rektor „keine anderen Möglichkeiten, als die Polizei zu rufen". Sonst ist gewöhnlich von „Gespräch" und „Konsens" die Rede. Der Rektor hat die Polizei genau in dem Augenblick gerufen, als die Studenten nicht mehr bereit waren, sog. „Zugeständnisse" der Professoren zu akzeptieren, die letztlich nie etwas Grundlegendes am Status der Studenten und an den Verhältnissen in der RUB geändert haben.

Nun, als die Studenten darangingen, praktisch einen Wissenschaftsbetrieb zu entwickeln, der die Einheit von „Lehrenden" und „Lernenden" in der konkreten Arbeit herstellte, als den Professoren drohte, daß die Studenten auch ohne sie und gegen sie sinnvolle Arbeit zu leisten imstande sind, ist die Polizei gerufen worden, um die bestehende „Einheit" wiederherzustellen, also die studentische Subordination, die hierarchische Vergabe von Diensträumen an den Lehrkörper, nicht aber an die Studenten, obwohl diese sie für ihre Gruppenarbeit dringend benötigen.

Ein weiterer Aspekt des Polizeieinsatzes: Von polizeilicher Fachidiotie ist kaum anderes zu erwarten als daß sie die RUB nur unter dem Blickwinkel sieht, wie sie wohl am zweckmäßigsten zu besetzen ist. (Äußerungen von Polizisten in dieser Hinsicht sind gefallen.) Wie wäre auch sonst der enorme Aufwand zu erklären, obwohl bei der Nacht-und-Nebel-Aktion nur mit wenigen Studenten zu rechnen war?

Der Rektor hat mit seinem Hilferuf nach der Polizei deren Sandkastenstrategie für Bochum Verbindlichkeitscharakter gegeben, indem er sie als politisch vertretbar akzeptierte. (In Köln ging es kürzlich bei der Rektoratsbesetzung auch ohne Polizei!) Was der Rektor uns hier als die „Räumung des Dekanats" (wo es nichts zu räumen gab) verkaufen will, war in Wirklichkeit das Manöver, einer Universitätsbesetzung durch die Polizei. Ist solch ein Rektor noch tragbar für uns, und ist es solch ein Kanzler, dem beim Anblick eines abgebrochenen Fenstergriffs das Herz bricht, aber beim Vernehmen, daß Studenten von der Polizei die Treppe hinuntergestoßen wurden, nur ein arrogantes „Ach wirklich?" zustande bringt und damit einen Zynismus demonstriert, der keinen Begriff von der Verletzbarkeit von Menschen aufweist, wohl weil humane Verhältnisse angeblich schon allein durch perfekte Fenster und weiße Wände gewährleistet sein sollen?

Horst Peter Kasper

Solidarität mit den Studenten der Abteilung VIII

Chronologische Übersicht über die gescheiterten Bemühungen der Fachschaftsvertreter der Abteilung VIII, auf gütliche, argumentative und verfassungskonforme Weise die notwendige Umwälzung des Lehr- und Forschungsbetriebs der Abteilung VIII herbeizuführen nebst einer Schilderung der weiteren Vorgänge einschließlich der Nacht-und-Nebel-Aktion Seiner Magnifizenz. Geschrieben von Studenten der Abt. VIII.

Am 25. 10. 1968 hat eine ordentliche Fachschaftsvollversammlung der Abteilung VIII mit großer Mehrheit Grundsätze für eine neue Studienordnung **beschlossen.** Das entsprechende Papier wurde der Fakultät am 30. 10. 68 vorgelegt. In jener und der darauffolgenden Fakultätssitzung ist jedoch die Forderung der Fachschaftsvertreter über diese Grundsätze zu verhandeln und zu beschließen, von der Fakultät abgelehnt worden.
Die fadenscheinige Argumentation der professoralen Fakultätsmitglieder wurde in einem vierseitigen paper der Fachschaftsvertreter den Mitgliedern der Abteilung VIII dargelegt. Großzügig sollte nun eine außerordentliche Fakultätssitzung am 4. 12. 68 einberufen werden; auf der eine Grundsatzdebatte über Studien- und Prüfungsordnungen geführt werden sollte. In dieser Sitzung war die Fakultät jedoch (wie üblich) so gut wie nicht vorbereitet. Während der Sitzung fiel einem Fakultätsmitglied ein Modell für einen Rahmenplan künftiger Studienordnung ein. „Dankbar" (der Dekan) für diesen Einfall wurde dann nur noch über dieses rational nicht näher begründete Zufallsprodukt diskutiert. Die Grundsätze der Fachschaftsvollversammlung wurden nicht ein einziges Mal erwähnt, geschweige denn diskutiert.
Das ad hoc-Elaborat der Fakultät wurde am 12. 12. einer Vollversammlung vorgelegt, zu der jeder Student der Abteilung persönlich von Seiner Spectabilität, Herrn Dekan Prof. Dr. Papalekas, schriftlich eingeladen wurde. Auf dieser Vollversammlung (ca. 300 Studenten und Teilnehmer) ging die Fakultät total baden.
Der Vorschlag der Fakultät, für die „Praxisbezogenen" ein Diplom als krönenden Abschluß eines dreiversäulten Studienganges zu gewähren, den lebenslang kritisch Reflektierenden dementsprechend einen Magistertitel zuzugestehen, fand leider nur die Zustimmung von vier Studenten.
„. . . . für die Fachschaft ist mit dieser Entwicklung der jüngsten Zeit jegliche Wahrscheinlichkeit zunichte gemacht worden, die Zustände in dieser Abteilung mit der Fakultät zu verändern. Sinnvolle Beschlüsse werden in wesentlichen Punkten durch eine Fakultät verhindert, die rationaler Diskussion nicht mächtig ist . . . ." (Siehe paper der Fachschaftsvertreter, daneben ausführliche Verlaufsprotokolle der vergangenen Fakultätssitzungen.)
Dieser Unfähigkeit der Fakultät wurde mit einem auf den 16. 12. befristeten Ultimatum der Abteilungs-Vollversammlung begegnet:
Es forderte unter anderem
- prinzipielle Öffentlichkeit aller Entscheidungsgremien in der Abteilung;
- sofortige Bestätigung von der Vollversammlung beschlossenen Studienordnung usw. Für den Fall, daß diese Forderungen nicht erfüllt werden sollten, beschloß die Vollversammlung in einem unbefristeten aktiven Streik zu treten (siehe Flugblatt 1). Dieses Ultimatum wurde von der Fakultät schlicht ignoriert.

Der Widerstand organisiert sich

In diesem Moment war eine neue Phase des Kampfes erreicht: Wir erkannten, daß die Fachschaftsvertreter funktionslos geworden waren. Das Delegationsprinzip war in dem Moment sinnlos geworden, als sich herausstellte, daß die Anträge unserer beiden Delegierten in der Fakultät folgenlos blieben. Folgerichtig wurde zum einzig legitimen Organ der Abteilung die Abteilungsvollversammlung erklärt (vergl. Beschluß der letzten Fachschaftsvollversammlung über ihre Strukturveränderung).
Um diese Abteilungsvollversammlung handlungsfähig zu machen, wurden Komitees gebildet, die eine Strategie für den aktiven Streik erarbeiten sollten. Diese Komitees wurden verpflichtet, der Abteilungsvollversammlung Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen, und waren jederzeit abwählbar. Mit dem Herannahen des 16. 12. verwandelten sich diese Komitees in Vorbereitungsgruppen für die Streikseminare.
Die Arbeit der Vorbereitungsgruppen erforderte einen ständig öffentlichen Arbeitsraum in der Abteilung VIII. Zunächst wurde uns großzügig der Raum B 6/76 übers Wochenende zugestanden. Der Kanzler stellte uns Passierscheine aus. In einem Vollversammlungsbeschluß am darauffolgenden Dienstag wurde der Raum den Aktionskomitees als ständiger Arbeitsraum zugewiesen. (Schreibmaschinen, Farben, Plakate, Abzugsmaschine, Verpflegung.)

Streikseminare

Die Fakultät fühlte sich an diesem Beschluß nicht gebunden und beschloß ihrerseits die sofortige Räumung. Nach einem Einschreiten der Hausverwaltung, bei dem es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam, schaltete sich seine Magnifizenz Biedenkopf ein und hob seinerseits den Fakultätsbeschluß wieder auf.
Diese befreite Zone bildete die Ausgangsbasis für weitere Vorstöße in der Abteilung VIII. Trotz dieser zeitweisen Arbeitsstörungen von außen gelang den Aktionskomitees die Vorbereitung der Streikseminare. Folgende Schwerpunkte kristallisierten sich heraus:
ORGANISATION;
PRAKTISCHE AUFGABEN EINER KRITISCHEN SOZIOLOGIE AN DER HOCHSCHULE;
BETRIEBSANALYSE;
POLITISCHE ÖKONOMIE;
DIE FAMILIE ALS REPRODUKTIONSSTÄTTE VON HERRSCHAFTSSTRUKTUREN IN DER AUTORITÄREN GESELLSCHAFT;
(vergl. Flugblatt 2 und 3).

Dekanatsbesetzung

Am Montag, dem 16. 12. 68, um 12.00 Uhr, lief das Ultimatum ab. (Vergl. Flugblatt 5.) Die weiteren Schritte wurden in einer Vollversammlung überlegt. Für die sich konstituierenden Seminargruppen stellte sich jetzt die entscheidende Raumfrage. Zunächst versuchte die Universitätsbürokratie, uns in den Flachbereich abzudrängen.
Eine echte Konfrontation der Neuorganisation der Arbeit mit den alten Strukturen der Abteilung VIII in der Abteilung VIII sollte damit verhindert werden. Wir sollten wohl in den Kellergewölben kritische Nabelschau betreiben, ohne die Herrschaftsstrukturen in der Abteilung VIII in Frage zu stellen. Darauf ließ sich die Vollversammlung nicht ein (die inzwischen täglich von 14 bis 16 Uhr in B 6/78 tagt). Sie verteilte Räume an die Seminargruppen (2 Vorlesungsräume, Bibliothek, 1 Assistentenraum, 1 Professoren-„Dienstraum" und das Dekanat als Zentrum der studentenfeindlichen Politik der professoralen Papiertiger).
Wieder störte uns die Universitätsbürokratie bei der Arbeit. Trotzdem wurde in den neuen „Seminaren" recht gute Arbeit geleistet. Am 17. führten die Gruppen ihre Arbeit fort und berichteten im Plenum von ihren ersten Ergebnissen und auftauchenden inhaltlichen Schwierigkeiten. Daneben verschärften sich die äußeren Schwierigkeiten.
Die Universitätsbürokratie hatte nämlich in ihrem Sinne vorgesorgt und das ehemalige Dekanat sowie die ehemaligen „Diensträume" abgeschlossen. Nach einem entsprechenden Vollversammlungsbeschluß wurden das Dekanat und die „Diensträume" erneut befreit. Offensichtlich war die Bürokratie besonders stark auf das Dekanat fixiert und veranstaltete einige brutalere Räumungsaktionen (vergl. Flugblatt 6). Uns wurde klar, daß auch die Universitätsbürokratie die Raumfrage als Machtfrage verstand. Wir leiteten daraus die Notwendigkeit ab, das Dekanat über Nacht zu halten.

Dreihundert Polizisten in der Ruhr-Universität

Inzwischen hatte der Rektor (ohne unser Wissen) mit dem Polizeipräsidenten konspiriert. In nächtlicher Stunde erreichte uns durch einen atemlosen Boten (die Aufzüge waren vorsorglich lahmgelegt) die Nachricht, daß sich ca. 300 Bullen mit Tschakos dem Campus näherten.
Es wurde der Vorschlag gemacht, daß wir jetzt eigentlich auf derselben Etage, nur wenige Schritte entfernt, mit dem Studentenparlament (SP) tagen sollten.
Nach einer hitzigen, von Geschäftsordnungsanträgen zerrissenen Diskussion, erschien Herr Otto mit Megaphon und einigen Hundertschaften unter seiner Kommandogewalt und versuchte, uns sein Anliegen darzubringen.
Nachdem ihm per GO-Antrag das Rederecht im SP gewährt worden war, teilte er uns mit, daß er vom Rektor beauftragt sei, wegen schweren Hausfriedensbruches (an einem Fenster des Dekanats fehlte ein Griff!) die Personalien der hier Versammelten aufzunehmen. Als er von einigen Parlamentariern über juristische Schönheitsfehler seiner Aktion aufgeklärt worden war, beschloß er, mit dem Kanzler Rücksprache zu halten. Natürlich mußte dieser feststellen, daß das Dekanat inzwischen wieder verödet war.
Daraufhin blieb den Hundertschaften nichts anderes übrig, als von dannen zu ziehen. Erst zu diesem Zeitpunkt hielt es der Rektor für angebracht, in der Universität zu erscheinen.

Wir müssen jetzt entschlossen unseren Streik weiterführen. Unser Modell herrschaftsfreien Wissenschaftsbetriebes kann auch durch Polizeiterror nicht aus der Welt geschafft werden. Wenn Polizei eingesetzt wird, wird sich erneut zeigen, welche Interessen in der spätkapitalistischen Universität regieren. Polizeiterror wird unsere Parole bestätigen:
Zerschlagt die bürgerliche Klassenuniversität!!!
(aus einem Flugblatt der Abteilung VIII)

Zur Funktion der Arbeitskreise während des Streiks

1. Ein Streik trifft zunächst die Streikenden. Die Gewerkschaften haben daher Streikkassen zur Unterstützung der Streikenden geschaffen. Die Arbeitskreise müssen die Funktion einer Streikkasse übernehmen. Wir müssen Dinge lernen, die wir möglicherweise auch im Examen brauchen können. Wenn jemand im Examen zeigt, daß er Bescheid weiß und dennoch durchfällt, weil er sein Wissen kritisch anwendet, dann würde das Wesentliche zur Entlarvung der „reinen" Wissenschaft beitragen.
2. Die Rede von der Produktivkraft Wissenschaft ist sicher richtig, aber zu pauschal und undifferenziert. Die Analyse der ökonomischen, gesellschaftlichen und ideologischen Bedeutung jeder einzelnen Wissenschaft muß noch geleistet werden. Die Soziologie hat hier eine Schlüsselstellung.
3. Zur Verhinderung des professoralen Fachidiotismus auf studentischer Ebene müssen daher möglichst bald interfakultative Arbeitsgruppen gebildet werden. Ziel ist der Nachweis, daß alle Wissenschaften mehr oder weniger Gesellschaftswissenschaften sind und damit die Aufhebung der rigiden Arbeitsteilung in der Wissenschaft.
4. Der wichtigste Unterschied zwischen dem normalen Studium und der Arbeit in Arbeitsgruppen während des Streiks muß der Praxisbezug des hier Erarbeiteten sein. Die bürgerliche „reine" Wissenschaft beruht wesentlich auf der künstlichen Trennung von Theorie und Praxis. Ein Arbeitskreis „Betriebsanalyse" muß selbstverständlich in die Arbeit in den Betrieben übergehen, ein Arbeitskreis kritischer Juristen müßte seine Theorie in den Gerichtssälen praktisch wenden.
5. Die Organisationsformen unserer Arbeit, die wir uns während des Streiks schaffen, müssen neben ihrer Effektivität nach außen auch für die Teilnehmer Elemente konkreter Utopie enthalten. Eine zukünftige Gesellschaft wird nicht wesentlich anders aussehen als unsere Organisationsformen, in denen die Bestandteile des Reichs der Freiheit freilich nur in Ansätzen zu verwirklichen sind. So sollte z. B. angestrebt werden, daß der Arbeitskreis über die Funktion der Familie schon während seiner Arbeit Ansätze zu neuen Formen des gemeinsamen Arbeitens und Lebens erkennen läßt.
6. Die Arbeitsergebnisse sollen nicht Privateigentum derer sein, die sie erarbeitet haben, sondern müssen in Vollversammlungen denen vorgelegt werden, die an anderen Themen arbeiten.
7. Selbstverständlich ist es Aufgabe jedes Teilnehmers an einem Arbeitskreis, darauf zu achten, daß es absolut herrschaftsfrei zugeht, daß das Leistungsprinzip nicht wieder einzieht.
Unter diesen Voraussetzungen dient der Streik und die Arbeit in den Arbeitskreisen der politischen Selbstverständigung innerhalb der studentischen Linken, der emanzipatorischen Theorie, Organisation und Praxis und der antizipatorischen Verwirklichung von Zukunftsmodellen.

Zu dem von uns für wichtig erachteten, von uns getragenen und organisierten Seminar 3 während des Streiks gegen die hierarchische, von unfähigen Professoren beherrschte Struktur der Abteilung VIII:

Betriebsanalyse

als Beispiel für subversive, emanzipatorische Tätigkeit von wissenschaftlich sich Ausbildenden und Ausgebildeten (Betriebssoziologen, Arbeitssoziologen) gegen einen der Grundpfeiler der die Menschen zerstörenden Herrschaft des Kapitals in der BRD.
Wir wollen die repressiven Strukturen in den Betrieben analysieren (Betriebshierarchie, Leistungslohn usw.) und zwar so, daß wir mit den Betroffenen zusammenarbeiten und die Ergebnisse unserer Arbeit in den Betrieb zurücktragen (in Form von Betriebszeitungen z. B.).
Die historisch analysierbaren sozialen Hierarchien in den Betrieben konkurrieren mit der Dynamik der neuen Technologien und der Notwendigkeit einer neuen Organisation der Arbeit. Diese Aufgabe wird von der Arbeitssoziologie aber ohne Reflexion auf den Gegenstand ihrer Arbeit, die menschliche Arbeitskraft, rein funktionalistisch gelöst. Die Frage nach der Organisation der Arbeit reduziert sich so auf die Frage nach der Profitmaximierung durch Optimierung der Arbeitsleistung.
Die Aufgabe zur humanen Organisation der Arbeit beizutragen, ist eine Aufgabe, die sich dem kritischen Betriebs- oder Arbeitssoziologen stellt. Er kann, in beschränktem Rahmen, subversiv gegen die bloße Ausbeutung der Arbeit (gegen die Degradierung des Arbeiters zum Bestandteil eines Mensch-Maschinesystems) ankämpfen. Er wird bei seiner subversiven Tätigkeit allerdings auf „natürliche" Grenzen des Kapitalismus stoßen, wie der des Profits. Denn humane Organisation der Arbeit und Profitmaximierung beschränken sich gegenseitig.

Arbeitsgruppe vier: Soziologie und Sozialwissenschaftler – Erwartungen und Möglichkeiten

Bisherige Untersuchungen haben ergeben, daß Studenten der Soziologie ihr Fach vorwiegend aus Interesse studieren, und nicht als fachliche Ausbildung. Das enthebt sie nicht der Notwendigkeit, später einmal ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu verkaufen — unter Preisgabe ihrer eigenen Interessen und denen der Entmündigten, die sie nicht bezahlen können.
Das ist das eigentliche Berufsproblem der Sozialwissenschaftler, die weitgehende Unmöglichkeit, sich selbst in der Arbeit zu verwirklichen. Ihre Lage ist daher weitgehend analog der anderer lohnabhängiger Schichten, wenn auch gerade bei Sozialwissenschaftlern der Widerspruch zwischen den Möglichkeiten des gesellschaftlichen Systems und den eigenen Bedürfnissen als besonders drückend empfunden wird.
Diese Schwierigkeit, unsere Theorie praktisch werden zu lassen, soll näher untersucht werden, um Modelle einer sozialwissenschaftlichen Arbeit in ständigem Kontakt und im Interesse mit den Lohnabhängigen und Unterprivilegierten zu erarbeiten.
Wir wollen zunächst von unseren eigenen Berufsvorstellungen und unseren Vorstellungen von Sozialwissenschaft ausgehen, um festzustellen, wo und wie wir unsere Vorstellungen revidiert haben bzw. revidieren müssen.
Zwar werden wir begreifen müssen, daß sich der Widerspruch zwischen unseren Interessen und Bedürfnissen und den Möglichkeiten, die uns ein System kapitalistischer Verwertung der Produktion und des Menschen bietet, nicht auflösen läßt, ohne entweder unsere Bedürfnisse oder das gesellschaftliche System zu ändern. Unser Ziel ist es, Funktionen aufzuzeigen, die ein Sozialwissenschaftler bei der Selbstorganisation der Massen und als Vermittler von Kenntnissen, die es ermöglichen, die eigene Lage transparent zu machen, einnehmen kann und von daher Anforderungen an die Ausbildung in Sozialwissenschaften zu stellen.

Schlör
GETRÄNKE VON INTERNATIONALEM RUF
SCHLÖR-GESELLSCHAFT MBH BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN

Unser Kampf an der Uni geht weiter!

Überraschungen

Das Akademische Auslandsamt will den ausländischen Studenten wieder einmal einen Geschmack von deutscher Kultur und Gemütlichkeit vermitteln. Morgen findet um 20.00 Uhr im Bahnhofscafé der „vorweihnachtliche Abend mit einigen Überraschungen" statt.

Überraschung für deutsche Freunde: Sie sind nicht zugelassen, allenfalls wenn Sie sich vorstellen und 9,— DM bezahlen. Für die von Frau Lingemann ausgesuchten Ausländer dürften sich die weiteren Überraschungen nach den Erfahrungen des letzten Jahres wie folgt ergeben: Ein Professor erklärt den Gästen vorab, wie gut sie es doch bei uns haben. Nachdem dann jeder ein Glas fast alkoholfreier Bowle erhalten hat, sagt Frau Lingemann: „So, jetzt wollen wir uns alle schön setzen und einen Film über den Aufbau unserer Universität ansehen. Anschließend werden ein Professor, ein Pastor und Frau Lingemann jovial plaudernd die spezifische Atmosphäre eines Festes der alten Leute herauszustellen wissen.

Wann wird man im Auslandsamt erkennen, daß den ausländischen Kommilitonen mit mangelhaften Sprachkursen und alberner goodwill-Betreuung nicht gedient ist?

— er —

„Gewisse Loyalität"

Herrn Anweiler, Unterzeichner des „Marburger Manifestes", wurde in der letzten Vollversammlung von Guido Boulboullé der Vorwurf gemacht, er habe seine Studenten unter Druck gesetzt, um sie von gewissen hochschulpolitischen Aktionen abzuhalten. Sein Assistent, Herr Dilger, betonte dagegen, Prof. Anweiler habe lediglich von seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern eine „gewisse Loyalität verlangt". Inzwischen hat, so hört man, eine seiner Mitarbeiterinnen, Fräulein Langewellpott, ihr Dienstverhältnis bei Herrn Anweiler gekündigt. Frage: Warum wohl?

Keine Mitbestimmung für Uni-Angestellte

Erfolgt über die Frage der Viertelparität Zusammenarbeit mit den Studenten?

Personalversammlungen an der Universität glichen bisher Messen, bei denen Rechenschaftsberichte zelebriert wurden, ohne daß Wortmeldungen oder gar Mitsprache der Angestellten stattgefunden hätten. Demokratische Korrektur ist ohnehin unmöglich, da die einsamen Beschlüsse des Kanzlers und der höheren Beamtenschaft keiner universitätsparlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Auch am 10. 12. gedachte Personalratsvorsitzender Dr. Röhling die 160 (von über 900) erschienenen Bediensteten in gewohnter Weise zu unterhalten. **Dabei erwiesen sich Studenten, ein Assistent und ein Professor als hinderlich. Prompt erfolgte deren Ausschluß nach § 49 LPVG / NRW, worauf auch 25 Angestellte aus Protest den Saal verließen. Die übrigen zollten dem mündlich vorgebrachten Protest von ÖTV-Funktionär Bräuner lebhaften Beifall.**

Abgesehen davon, daß die Bestimmungen über Nichtöffentlichkeit bei Personalversammlungen im Bereich der allgemeinen Verwaltung in einem Betrieb, der die Kooperation von Wissenschaft und Wissenschaftsverwaltung zwingend erfordert, unsinnig ist, **widersprachen die „Veranstalter" durch Einladung und Teilnahme des Rektors selbst ihrer Maßnahme.** Gewiß, Studenten, die die Forderung der ÖTV nach Viertelparität unterstützten, sind nicht gern gesehen. DAG-Fachgruppenvorsitzende Armgard Seher (FDP): „Die Studenten wollen die nichtwissenschaftlichen Angestellten als Lokomotive vor ihren Zug spannen." Gegen die Teilnahme seiner Magnifizenz hatte das „Stehkragensyndikat" jedoch nichts einzuwenden.

Schließlich war Rektor Biedenkopf durch ein Grußwort in der DAG-Wahlbroschüre wesentlich am Wahlsieg über die ÖTV mitbeteiligt.

Auch Juristen fordern jetzt Mitbestimmung

Schwerpunkt: Öffentlichkeit, Drittelparität

Am 9. und 11. 12. nahmen Vollversammlungen der Fachschaft Rechtswissenschaften zur Demokratisierung in ihrer Abteilung Stellung. Hier die wichtigsten Beschlüsse:

- Die Öffentlichkeit der Fakultätssitzungen, bereits von der Vollversammlung am 4. 12. gefordert, ist auch auf ihre Ausschüsse auszuweiten.
- Die studentischen Vertreter sollen an allen Angelegenheiten der Fakultät beteiligt werden, jedem Ausschuß mindestens zwei Studenten angehören.
- Die Fakultät soll bis Jahresende drittelparitätisch besetzt werden. Dieser Beschluß wurde nur mit knapper Mehrheit gefaßt, nachdem weitergehende Anträge auf viertelparitätische Beteiligung auch der Universitätsbediensteten abgelehnt worden waren.
- Die Fakultät wird aufgefordert, bis zum Jahresende eine drittelparitätische Strukturkommission zur Verabschiedung einer neuen Verfassung zu bilden. Die studentischen Vertreter in der Strukturkommission werden von einer Basisgruppe delegiert.

Mao und das StGB

Die dritte Hausarbeit im Strafrecht für Fortgeschrittene (zur Beurteilung steht unter anderem der mit zwei Toten garnierte Frankfurter Kaufhausbrand) dürfte ein Novum in der ehrwürdigen Geschichte deutscher Rechtswissenschaft darstellen. Prof. Geilen erteilte nämlich den Studenten wertvollen Rat für die Lösung des Falles, indem er ein Motto aus der Feder des Vorsitzenden Mao dem Sachverhalt voranstellte:

„Es gibt zwei verschiedene Einstellungen... Die eine ist dogmatisch. Sie besteht darin, alles zu übernehmen, sei es für die Verhältnisse unseres Landes geeignet oder nicht. Das ist keine gute Einstellung. Die andere besteht darin,... den Geist anzustrengen und alles das zu erlernen, was den Bedingungen unseres Landes entspricht,... Wir brauchen eben diese Einstellung."

— bgw —

Die BSZ berichtete

Die Mehrheit von rd. 500 Anwesenden bei der Parlamentssitzung vom 3. 12. habe das am Vortage erfolgte Senats-go-in gebilligt. Diese Nachricht war, was die Zahl betrifft, unrichtig: An der Abstimmung beteiligten sich „nur" 330 Studenten. Zum Vorwurf der „Manipulation" stellen wir fest: Bei Veranstaltungen nach Redaktionsschluß sind wir auf Informationen aus 2. Hand angewiesen, da die Umbruchhektik physische Teilnahme nicht mehr erlaubt. Informationen über die Teilnehmerzahl der Parlamentssitzung schwankten zwischen 400 bis 700. Wir entschuldigen uns bei unseren Lesern ob der begangenen Schludrigkeit und verhüllen unser Haupt. Allerdings mögen uns selbst enragierteste Gegner nicht für so hirnverbrannt halten, daß wir bewußt Fakten veröffentlichen, deren Unstimmigkeit einem Teil unserer Leser bekannt ist.

Der AStA zur Sache

Was weiter?

Die Kampagne zur Demokratisierung der RUB ist in die Phase ihrer Konsolidierung getreten. Ihr Vorgehen auf gesamtuniversitärer Ebene (Vollversammlungen, Aktionsprogramm des AStA, Senatsgo-in) sieht sich ergänzt durch die Arbeit der Fachschaften und Basisgruppen in den einzelnen Abteilungen.

Dieser Schritt erfolgte zwangsläufig und war unbedingt notwendig, brachte er doch die fachspezifischen und damit für die einzelnen Studenten „hautnahen" Probleme in die öffentliche Diskussion und den politischen Willensbildungsprozeß innerhalb der einzelnen Abteilungen. Die Kampagne steht, besser: geht jetzt auf zwei Beinen. Das Aktionsprogramm wird für die einzelnen Abteilungen aktualisiert. Die Bedürfnisse der Studenten (ihr Studium, die Arbeitsverhältnisse, die Prüfungen und deren Kriterien betreffend etc.) werden im jeweiligen Fachbereich artikuliert, aus ihnen leiten sich Forderungen ab und für deren Durchsetzung gegenüber der Fakultät werden politische Maßnahmen diskutiert, beschlossen und durchgeführt.

Die Konkretisierung der Forderungen in den einzelnen Abteilungen ist um so notwendiger, als durch sie in besonderem Maße die weniger informierten Studenten zur Solidarisierung mit der Kampagne und zur aktiven Mitarbeit in den Basisgruppen gewonnen werden können. Die Konfrontation mit inhaltlich konkretisierten Forderungen kann eher zu diesem Ziel führen als die mit dem relativ abstrakten Aktionsprogramm, wenn dieses auch eine durchaus konkrete Frage — hier auf gesamtgesellschaftliche Ebene — reflektiert: „Kann denn das Volk überhaupt auf anderem Wege lernen, sich selbst zu regieren und dabei Fehler zu vermeiden, als auf dem Wege der Praxis, durch sofortigen Übergang zu einer wirklichen Selbstverwaltung des Volkes?" (Lenin) Solange aber für viele Studenten noch nicht die Frage beantwortet ist, was es mit der geforderten Parität (Halbe-, Drittel-, Viertel- — je nach Entscheidungs- und Problemebene) denn weiterhin inhaltlich durchzusetzen gilt, kann so etwas geschehen wie auf der letzten Vollversammlung.

Hier würgten rechte Studenten und Assistenten, die nicht ein Wort zur Studiensituation und -reform sagen konnten — oder wollten —, die konkrete Debatte mit formaldemokratischen „Abstimmungen" ab und funktionierten sie um zu einer abstrakten Diskussion über Streik und Urabstimmung, ohne daß vorher an- geschweige denn ausdiskutiert war, für was und gegen was (und damit untrennbar verbunden:) mit welchen politischen Mitteln vorgegangen werden soll. (Deutlichstes Beispiel: Rainer Duhm zieht seinen Antrag zurück, als dieser nicht diskutiert wird. Daraufhin übernimmt ein Assistent „spontan" den Antrag und läßt ihn ohne vorherige Debatte per Abstimmung „behandeln". Es ist das Gebot der Stunde (Neben der Realisierung unserer Vorstellungen auf Zentralebene — Rektorat, Senat, Konvent). Alternativen zum bestehenden Wissenschaftsbetrieb der von den Ordinarien beherrschten Abteilungen auszuarbeiten und in die öffentliche Diskussion einzubringen. Manipulationsversuche o. g. Art. auf formalem Weg eine inhaltliche Diskussion zu verhindern und durch das „Votum" einer solcherart uninformiert gehaltenen Versammlung (die z. T. möglicherweise bereits in einer Vorlesung vom Ordinarius monologisch „informiert" wurde) die demokratischen Aktivitäten der Basisgruppen „binden" zu wollen, verfangen dann nicht mehr.

Horst Peter Kasper

Reflexionsdefizit

Die Abteilungsvollversammlung der Historiker, an der auf Einladung der Fachschaft und des Dekans Studenten, Assistenten und Professoren teilnahmen, setzte eine drittelparitätische Kommission ein, die sich bis zum Beginn des nächsten Jahres mit den Satzungsentwürfen der Fachschaft und der Assistentenschaft auseinandersetzen wird. Bis zum 31. Januar müssen die Ergebnisse der Kommissionsberatungen erneut einer Vollversammlung vorgelegt werden. Dabei, so der Auftrag, „sind Abweichungen von den Prinzipien der Drittelparität und der Öffentlichkeit aller Gremien besonders zu begründen". Für das Sommersemester 1969 wurde fast einstimmig die Abhaltung eines Seminars zur Wissenschaftstheorie beschlossen, denn „die Historiker reflektieren zu wenig". ilus

BSZ-Leser antworten

Betr.: BSZ Nr. 34

In den 50er Jahren pflegten die Deutschen (Mann auf der Straße — Politiker) jeden unliebsamen Gegner als Faschist oder Kommunist zu bezeichnen. Damit war der Fall und der Mann erledigt — und eins von beiden Worten wird schon stimmen. Sie versuchen es jetzt auf die Tour CDU (ich selbst bin kein CDU-Freund), so z. B. „CDU-Student Versteyl (?)" oder „CDU-Platzmann" usw. Das häuft sich etwas — vielleicht könnten Sie einmal bessere Argumente bringen als Parteizugehörigkeit. **Dieter Moser**

☆

Betr.: BSZ Nr. 34

„Durst wird durch Bier erst schön"
Die CDU hat sich entlarvt! Sie predigt Nächstenliebe und praktiziert Faschismus. Wie gut, daß wir nun, dank BSZ, ihr wahres, brutales Antlitz kennen. Wie schade, daß der Kriminalkommissar des zweiten Artikels nicht auch noch CDU-Mitglied war, sonst hätten sich die jahrelangen Recherchen der BSZ gelohnt, indem sie ihren Lesern endlich den repräsentativen Querschnitt durch die CDU-Mitgliederkartei hätte geben können.

Trotzdem — ein „Danke" an die BSZ! **Eduard Strych (RCDS)**

☆

Betr.: BSZ Nr. 34

Was soll das, jener Begriff des CDU-Studenten? Nicht, daß ich mich **mehr** schämen müßte, in der CDU zu sein, als andere, in der SPD zu sein; sind doch Schütz, Wehner, Heinemann (OB in Bochum), Leber und Zöpel in der SPD, Jäger und Strauß hingegen in der CSU; das Wort Harry Ristocks, **ändern** könne man nur **durch** die Parteien, hat auch für mich — wenn auch seine traurige — Wahrheit. Was intendiert dieses „CDU-Student", was diese unterschwellige Pauschalierung in „SDS-, FDP-, KSG- oder CDU-Student"? Gibt es den Philologie-Studenten" als Gegensatz zum „SPD-Studenten" oder ist es der „evangelische Student"? Ist das Anliegen, um das es geht, ist der Leser wirklich ein so grober Klotz, als daß ein so dumm vergröbernder Keil darauf gehörte? Was soll auch jenes „Biedenkopf-Freund"? Ich kenne Biedenkopf genausoviel wie hundert andere Kommilitonen, viel weniger aber als etwa die Mitglieder des AStA. Und Freund? Warum nicht gleich Genosse? Warum also „Biedenkopf-Freund", von dem der Schreiber genau weiß, daß es nicht stimmt. Allerdings gewinnt Herr Biedenkopf immer wieder dann meine Sympathien, wenn der AStA sich öffentlich in rein **formelle** Diskussionen einläßt, und ihm dabei jedesmal peinlichst „unterliegt", statt einmal eine essentielle Diskussion mit ihm zu führen, etwa über seinen **materiellen** Öffentlichkeitsbegriff; seine strukturelle Bildungsplanung oder seinen Begriff des funktionalen Föderalismus. Warum klischieren AStA und BSZ-Redaktion so stark?

Ludger Anselm Versteyl

☆

Betr.: BSZ

Wir finden Ihre Zeitung recht gut und möchten daher evtl. eine ähnliche Studentenzeitung in Hannover aufziehen.

Sönke Levsen
Hannoversche Studentenzeitung

☆

Man kann nur hoffen, daß die politisch unentschiedenen Tagträumer und die bisher zu wenig engagierte Rechte (Mitte) durch die Aktionen der Linken aufgerüttelt werden und endlich versuchen, **ihren** produktiven Beitrag für diesen Staat, dessen Leistungen sie gedankenlos hinnehmen, zu erbringen. **Kunze, Student**

Nicht nur für Männer!

Für alle Kenner

FIEGE PILS

BRAUEREI MORITZ FIEGE BOCHUM SEIT 1878

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Ihre Zufriedenheit mit unserer Leistung...

war auch 1968 unser angestrebtes Ziel. Wir haben es erreicht und danken Ihnen, verehrte Kunden, für Ihr Vertrauen.

Ihnen und Ihren Lieben wünschen wir ein froh-besinnliches Fest und gutes Gelingen für alle Vorhaben im neuen Jahr.

EIN GUTER RAT:
TEPPICHE VON KEIL & KATH
BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

Europäische Marken-Teppiche
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
US VERKAUF
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

ADOLF LOEWE
Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 62341

Sportlich in den Frühling

Früpro 68/69 ist da!

* preiswerte Badereisen
* Segel- und Reiterferien
* internationale Studienreisen

Fragen Sie nach dem Früpro bei

Studenten-Reisedienst Bochum

Lennershofstraße 66 oder direkt bei dem Deutschen Studenten-Reisedienst, 53 Bonn Dietkirchenstraße 30

In allen Geldfragen
Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassung Bochum · 463 Bochum, Huestraße 30 · Telefon 60701-10
Zweigstellen: Gerthe, Hofstede, Langendreer

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT · DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE 2.50 DM
● Gratisproben · PLANTA · Berlin 61

Offener Brief an einen Bochumer Germanisten

Sehr geehrter Herr Just,

am „Tag der offenen Tür" sagten Sie in Ihrer Vorlesung etlichen hundert Schülern und Studenten, was sie von ihren gewählten Vertretern, der BSZ und den Initiatoren einer Fachschaftszeitung zu halten hätten. Es war dies zweifellos kein Einzelfall, in dem professoraler Autoritätseinsatz (in einer Vorlesung ist die Funktion von Lehren und Lernen nicht umkehrbar) zur Indoktrinierung mißbraucht wurde. Niemand wird Ihnen das Recht privater Stellungnahme absprechen, die polemische Form und die durchgängige sachliche Unstimmigkeit Ihrer Darstellung aber zwingen zu einer Entgegnung.

Wenn Guido Boulboullé sich gegen die unsinnige Behauptung von Senatsmitgliedern, die Studentenschaft agiere faschistisch mit den Worten verwahrt: „. . . die Erkämpfung demokratischer Rechte hat nichts zu tun mit der Aufzwingung einer antihumanen Meinung, wie sie von den Faschisten mit brutalem Terror betrieben wurde. Kein Professor trägt einen Judenstern" (den ersten Satz hatten Sie unterschlagen), so diagnostizieren Sie daraus erst recht Faschismus, denn: „Die Nazis haben auch gesagt, die Juden tragen nur einen Stern und weiter geschieht ihnen nichts."

Dieser „Ungeheuerlichkeit" stellen Sie die „infame Lüge" von Horst Peter Kasper zur Seite, der für studentische Neurosen die hierarchisch-inhumane Universitätsstruktur verantwortlich machte. Für Sie ist das Studentenalter a priori eine Zeit „besonderer innerer Gefährdung".

Daß Studenten, im geringeren Maße materiellen Berufsinteressen unterworfen, sich eher rationaler demokratischer Reform zuwenden, scheint Ihnen undenkbar: Die „sogenannten Protestler" haben ganz einfach „die Universität als die gesellschaftlich schwächste Stelle zum Hauptziel ihrer Angriffe gemacht".

Nehmen nicht vielmehr Ihre „sogenannten Protestler" die Hochschulreform jetzt in die eigene Hand, weil das offenkundige Versagen der Ordinarienuniversität die Kultusministerien veranlaßt, durch Hochschulgesetze die Autonomie der Universitäten abzuschaffen und technokratische Reformen zu verordnen? Sie sehen immer noch die große Gefahr der „fachfremden Beeinflussung" durch studentische Selbsttätigkeit, während professorales Unvermögen sich anschickt, die Universität außeruniversitären Kräften auszuliefern.

Nur wenige Professoren widersetzten sich 33 dem Nazi-System.

Es sind mehr geworden, die heute zusammen mit dem bewußten Teil der Studentenschaft gegen die antidemokratische Restauration in Staat und Gesellschaft kämpfen. „Faschismus" aber werfen Sie gerade jenen Studenten vor und „Faschismus" atmet auch die BSZ.

Fanden Sie doch in der vorigen Nummer die Sätze: „Die Sitzungen des Senats und der Senatskommission sind öffentlich.' Diesen Antrag der studentischen Senatsvertreter suchten die Professoren hinhaltend abzuwürgen." Was auf diese Weise zusammenfassend charakterisiert wurde, hat sich nach Darstellung von Studenten, Assistenten und Professoren, die bei der Sitzung anwesend waren, im Detail so zugetragen: Bei der Behandlung der studentischen Anträge herrschte weitgehend Einmütigkeit, die Öffentlichkeit in der verlangten Form nicht zuzulassen.

Senator Füchtbauer bei der Diskussion nach dem go-in: „Es hätte sich für Ihren Antrag keine Mehrheit gefunden". Weil aber bei sofortiger Ablehnung des Antrags mit unerwünschtem Studentenbesuch zu rechnen war, suchte man diese Abstimmung zu vertagen und neue Voraussetzungen für Öffentlichkeit im Senat zu diskutieren. Was Sie uns als „Unterstellung und Unrichtigkeit im Stil der Bildzeitung" anlasten, hat sich in der Tat anders abgespielt als es im „Bericht" des Rektors zu lesen stand, nämlich die Studenten seien in den Senat eingedrungen, „noch ehe der Senat sich mit diesen Anträgen beschäftigen konnte."

Über Faschismus wird heute fast genausoviel geschwätzt wie über Demokratie. Bemühen wir den Duden zur Begriffsklärung: „Faschismus — Sammelbegriff für politische Bewegungen und Systeme totalitären, diktatorischen, nationalistischen Charakters; faschistisch: dem Faschismus zugehörig." Faschismus liegt doch wohl dann vor, wenn subtile gesellschaftliche Zwänge in Form einer Prügelherrschaft manifest werden.

Am 3. 12. prügelten Bochumer Polizisten Studenten aus einem Verhandlungszimmer des Amtsgerichts, weil ihre Zahl den Vorsitzenden irritierte. Einige Polizeibeamte erfüllten dabei freiwillig ein Übersoll. „Im Würgegriff zerrten sie Zuhörer aus den Bankreihen, schlugen und traten auf am Boden liegende Studenten ein" (BSZ Nr. 34). Selbst vor dem Sitzungssaal, wo keine Weisung zum Eingreifen mehr bestand, verprügelten mehrere Polizisten grundlos einen langhaarigen Studenten. Diese Übergriffe wurden schließlich vom Einsatzleiter unterbunden. Justizminister Heinemann hat in bezug auf die Studentenprozesse seiner Sorge Ausdruck gegeben, daß in unserem Staat nicht mehr nach der Verfassung Recht gesprochen wird. Studenten, die dagegen protestieren, ihre Kommilitonen, die Demokratie zu verteidigen, auf die Straße gingen, heute als Kriminelle abgeurteilt zu sehen, werden nicht mit Argumenten, sondern mit dem Polizeiknüppel bedient. Weil die BSZ die genüßlich schlagenden Polizisten „Polizeischläger" nannte, nennen Sie unsere Berichterstattung „faschistisch".

In der Tat ist heute bei einigen Professoren die Affinität zum Prügeln größer als die zum Protest dagegen. So mußte in der vergangenen Woche der Leiter der Marburger Schutzpolizei Professoren belehren, die eine von Studenten verlangte Diskussion über die „Wechselwirkung von Recht und Gesellschaft" mit dem Ruf nach der Polizei beantworteten, es liege kein Grund zum Eingreifen vor.

In der letzten BSZ glaubten Sie noch einen dritten Fall von „Faschismus" entdeckt zu haben. Rechtsradikale Studenten, die mit ihren Fäusten das Senats-go-in verhindern wollten, waren von uns fotografiert worden, als sie vor ihrem an zahlenmäßiger Unterlegenheit gescheiterten Versuch etwa darüber diskutierten, wie man einen Gegner „in die Zange nimmt" (Freunde an anderen Universitäten haben dergleichen schon praktiziert). Unter dieses Foto schrieben wir: Studentische Konterrevolutionäre, Rechtsradikale Studenten, NPD-Anhänger und Korporierte stellten sich den Senatoren der Ruhr-Uni als ungebetene Autoritätshelfer zur Verfügung, um das go-in am Montag gewaltsam zu verhindern". Den „sicherlich noch jungen Redakteuren" sagten Sie in Ihrer Vorlesung, es handle sich um „eine typische SA-Methode", angewandt, um „mißliebige Personen zu diffamieren". Die jungen Redakteure versichern Ihnen, daß sie weder einen Juden in verfänglicher Situation noch einen SPD-Mann in lächerlicher Pose abbildeten. Als Korporierte wiesen sich die Kommilitonen durch Farben am Hosengürtel aus. Als „rechtsradikal" bezeichnete sich einer von ihnen unlängst auf einer Fachschaftsversammlung und seine NPD-Anhängerschaft gestand ein Student persönlich, der mir freundlich die Faust auf die Schulter legte. Nehmen wir an, die Bochumer Zeitungen hätten über unser go-in berichtet: „Studentische Revolutionäre, Linksradikale Studenten, SDS-, SHB-, HSU- und SPD-Mitglieder versammelten sich am Montag vor dem Senatssitzungsraum, um die Öffentlichkeit dieses Gremiums gewaltsam herzustellen", so hätte ich mich für diese faire Berichterstattung bedankt. Aber Bochumer Zeitungen pflegen in der Regel nicht so fair über uns zu berichten.

Den Unterschied sachlich-engagierter Berichterstattung zu persönlicher Diffamierung hoffe ich deutlich zu machen, wenn ich auf Ihre Äußerungen über den Verantwortlichen für die „Rote Blume", der germanistischen Fachschaftszeitung, verweise, Sie sagten in Ihrer Vorlesung wörtlich, dieser Student sei „erstens ein Ferkel und zweitens ein blutiger Dilettant". Insgesamt sei das Blatt das Produkt eines „sexuell verklemmten Schwachsinnigen". Die Autoren könnten weder schreiben noch zeichnen", sie hätten „das Niveau der Männeraborte unterboten". Einer konkreten Stellungnahme entzogen Sie sich mit dem Hinweis, Sie müßten das Ganze erst ins Deutsche übersetzen.

Ich würde für Sie die Notstandsverfassung, die Urteilsbegründung im Fall Rehse und die vorgesehene Schutzhaftverordnung für Demonstranten in Hexameter gießen, wenn ich Sie dadurch zum demokratischen Protest gewinnen könnte. Mit der Stilebene kann Ihr Unverständnis gegenüber dem Anliegen Ihrer Studenten kaum begründet werden.

Wenn Sie fordern: „Die Germanistik muß endlich aufhören, vor der Soziologie zu Kreuze zu kriechen" (wo tut sie das übrigens in der Bundesrepublik?), so wäre es doch notwendig, daß Sie Ihren wissenschaftstheoretischen Ansatz erläutern und zur Diskussion stellten. In der letzten Vollversammlung darauf angesprochen, haben Sie geschwiegen. Glauben Sie wirklich, daß man Goethe oder Lessing „immanent" verstehen kann, daß es sich empfiehlt, nach dem Genuß von Kafka oder Brecht zur Tagesordnung überzugehen? Oder muß nicht vielmehr der gesellschaftliche Ursprung eines Werkes analysiert werden, um es zu verstehen und seine Verbindlichkeit zu begreifen? Glauben Sie, daß es ohne Analyse der Gegenwart möglich ist, Dichtung, die ihre Gegenwart erlebt und poetisch übersteigt, zu erfassen? Die Soziologie ersetzt den Germanisten keineswegs, aber ohne soziologisches Verständnis bleibt er Positivist oder Impressionist, kann er den Schatten des 19. Jahrhunderts nicht überspringen. Die „Rote Blume" will an der „Blauen" keinen Lustmord begehen. Nur haben einige Ihrer Studenten erkannt, daß es vor dem Hintergrund bundesrepublikanischer Restauration wissenschaftlicher Verbindlichkeit bedarf, daß darüber hinaus die heute noch antiquierte Universität vielleicht unsere letzte Chance bietet, demokratische Modelle zu praktizieren. Haben unsere „sogenannten Protestler" die Universität wirklich zum Hauptziel ihrer Angriffe gemacht, weil sie die gesellschaftlich schwächste Stelle ist? Und nichts weiter? Warum schwangen Sie den Theaterknüppel, Herr Just? Hoffen Sie mit den Rechten und Unpolitischen auf einen Differenzierungsprozeß, der die radikalen Studenten von ihren mausgrauen Kommilitonen isolieren soll? Sind Sie glücklich über das Verhalten von Studenten in Vollversammlungen, die für demokratische Reformen keinen Finger krumm machen, die aber qua Mehrheitsbeschluß die demokratischen Initiativen Ihrer Fachschaftsvertreter verhindern möchten? Die von „Fortschritt ohne Terror" reden, den Terror unserer Gesellschaftsordnung dulden und nichts für deren Fortschritt tun? Wollen Sie, daß weiter nur von Reform geschwafelt wird, daß sich aber nichts verändern darf, daß die deutsche Uni ins vierte Reich hineinpennt, daß Sie selbst nur noch Funktionär staatlicher Zentralgewalt in einem staatlich reglementierten Lehrbetrieb sein werden? Wir wollen das nicht.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Alois Kircher

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

Spielplan für die Zeit vom 19. Dezember 1968 bis 16. Januar 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN!

SCHAUSPIELHAUS			KAMMERSPIELE	
15.00	DREI WEISSE PFEILE von Makarius; g. V.	Do. 19. 12.	20.00	3. KAMMERKONZERT
20.00	EIN SOMMERNACHTS-TRAUM / v. Shakespeare			
20.00	EIN SOMMERNACHTS-TRAUM / v. Shakespeare	Fr. 20. 12.	15.30	DREI WEISSE PFEILE von Makarius
15.00	DREI WEISSE PFEILE von Makarius; g. V.	Sa. 21. 12.	20.00	DER EINGEBILDET KRANKE von Molière
20.00	PRINZ FRIEDRICH VON HOMBURG / von Kleist			
15.00	DREI WEISSE PFEILE	So. 22. 12.	20.00	DER TEUFELSSCHULER
17.30	von Makarius; g. V.			von Shaw; g. V.
20.00	DIE NASHÖRNER von Ionesco	Mo. 23. 12.	16.00	DREI WEISSE PFEILE von Makarius
20.00	EIN SOMMERNACHTS-TRAUM / v. Shakespeare	Do. 26. 12.	15.30	DREI WEISSE PFEILE
			18.00	von Makarius; g. V.
20.00	EIN SOMMERNACHTS-TRAUM / v. Shakespeare	Fr. 27. 12.	16.00	DREI WEISSE PFEILE von Makarius
20.00	DIE NASHÖRNER von Ionesco	Sa. 28. 12.		
20.00	DIE FLEDERMAUS von Strauß (G)	So. 29. 12.	16.00	DREI WEISSE PFEILE von Makarius; zum letzten Mal
20.00	EIN SOMMERNACHTS-TRAUM / v. Shakespeare	Mo. 30. 12.		
19.30	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau; Premiere	Di. 31. 12.	19.30	DER LIEBESTRANK von Wedekind; Premiere
20.00	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau	Mi. 1. 1.	20.00	DER LIEBESTRANK von Wedekind
20.00	DIE FLEDERMAUS von Strauß (G)	Do. 2. 1.		
20.00	DIE FLEDERMAUS von Strauß (G)	Fr. 3. 1.	20.00	JOE EGG von Nichols; Premiere
20.00	WIR BOMBARDIEREN REGENSBURG / v. Heller	Sa. 4. 1.	20.00	DER LIEBESTRANK von Wedekind
20.00	DIE NASHÖRNER von Ionesco	So. 5. 1.		
20.00	EIN SOMMERNACHTS-TRAUM / v. Shakespeare	Mo. 6. 1.		
20.00	DIE NACHT DES LEGUAN von Williams	Di. 7. 1.		
20.00	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau	Mi. 8. 1.	20.00	JOE EGG von Nichols
20.00	6. HAUPTKONZERT	Do. 9. 1.	20.00	DER EINGEBILDET KRANKE von Molière
15.00	DREI WEISSE PFEILE von Makarius; g. V.	Fr. 10. 1.	20.00	PROZESS IN NURNBERG von Schneider; Premiere
20.00	6. HAUPTKONZERT Wiederholung			
20.00	TANGO von Mrozek; Premiere	Sa. 11. 1.	20.00	JOE EGG von Nichols
20.00	DIE FLEDERMAUS von Strauß (G)	So. 12. 1.	20.00	DER TEUFELSSCHULER von Shaw
20.00	DIE NACHT DES LEGUAN / von Williams	Mo. 13. 1.	20.00	DER EINGEBILDET KRANKE von Molière
20.00	GASPARONE von Millöcker (G); g. V.	Di. 14. 1.	20.00	DER EINGEBILDET KRANKE von Molière
20.00	DIE NASHÖRNER von Ionesco	Mi. 15. 1.		
20.00	WIR BOMBARDIEREN REGENSBURG / von Heller	Do. 16. 1.	20.00	4. KAMMERKONZERT

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

Warum selbst schreiben?
Im Schreiben von Prüfungsarbeiten haben wir mehr Erfahrung!
Für Studenten Sonderpreise!
SCHREIBBURO GEWEHR, Bochum
Untere Marktstr. 1 · Tel. 61022

Studenten kaufen
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und Lebensmittel
in ihrer
Trinkhalle Kotthoff
(an der Mensa)

Lederwaren und Lederbekleidung
in Riesenauswahl zu Großhandelspreisen
Legro
Bochum, Humboldtstraße 54
Nähe Marienkirche

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum - Südring 19

schallplatten kaufen Sie im
MUSIKHAUS KÜHL
Bochum
Kortumstr. 93 Tel. 65060

Bochumer Studenten Zeitung
Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität
Verantwortlicher Redakteur: Alois Kircher
Anzeigenleitung: Christine Schipplick
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG. Bochum, Nr. 90 685 9
Auflage: 8000 Exemplare
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.